

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

kaum ein Thema hierzulande ist so emotionsgeladen wie der deutsche Sonderweg in der Energiepolitik. Was in den 80er-Jahren mit ein paar Tüftlern begann – meist Ingenieure und Handwerker, die aus Wind und Strom etwas „machen“ wollten – mündete in der Spitzephase deutscher Schaffenskraft in einer Vielzahl von Solar- und Windfirmen, die an der gesamten Wertschöpfungskette tätig waren, „Made in Germany“, wie man es kannte, gelebt und damit weltweit eine Spaltenposition eingenommen hatten. Bemerkenswert, wie aus ein paar Dutzend an Autarkie und naturnaher Stromerzeugung Interessierter ein prosperierender Wirtschaftszweig wurde. Mächtig Rückenwind lieferte die Politik, die ja sonst selten ökonomisch richtig agiert. Nicht zu vergessen: Der Anteil der Grünen-Partei – entstanden aus der Anti-Atomkraftszene – hatte einen maßgeblichen Anteil daran, dass Erneuerbare Energien zu einem wichtigen Thema wurden. Was dann ab Mitte 2000 begann war ein moralinsaurer Kreuzzug wider jeglicher Vernunft und mathematischer Logik. Das in einen Wirtschaftsminister Robert Habeck mündete, dessen Wirken einfach nur als katastrophal für die Energiewirtschaft qualifiziert werden kann.

Energiewende ganz praktisch – der Rückbau

In der Windkraft war die Volatilität der politischen Rahmenbedingungen sowie die Lust der Investoren auf solche Investments besonders spürbar. Hierzulande verödete die einst hoffnungsvoll gestartete und weltweit anerkannte Branche, so dass heute davon kaum noch etwas sichtbar ist. Auf dem Kurszettel etwa noch Nordex, die zu 47,1 % der spanischen Acciona gehört. Ja, und die Windkraft erlebt nun einen für 2029 anstehenden Rückbau des ersten Offshore-Windparks „Alpha Ventus“ (zwölf Anlagen stehen vor Borkum, ca. 45 km vor der Nordseeküste). Rund € 250 Mio. wurden verbaut. Der Rückbau, an dessen Konzept nun gearbeitet wird, soll bis zu € 20 Mio. kosten.

Ein Repowering mit modernen Anlagen sei nicht wirtschaftlich, erklärte Eric Richter, Geschäftsführer dieses Forschungs-Windparks, der einst von EWE, RWE und Vattenfall initiiert worden war. Dann wird eben zurückgebaut, ein Museum auf See will keiner haben. Nun ist Mut gefragt, auf Unternehmerseite und in der Politik, etwa im Falle des darbenden Bremerhaven – der Hafen dort ist für den Rückbau als Anlaufstelle vorgesehen. Was fehlt ist eine Rückbaulogistik mit spezialisierten Anbietern, die einen rückstandsfreien Abriss ohne verbleibende Altlasten auf See gewährleisten und eine Entsorgung der Anlagenreste, die zum Teil aus hochkomplexen verrot-



**Sascha Magsamen,
Chefredakteur des Nebenwerte-Journal**

tungsarmen Verbundkunststoffen bestehen. Dieser Markt wächst, aber bis dato gibt es keine Entsorgungslösung, die sich durchgesetzt hat, Hauptsache die alten Windmühlen kommen auf den Boden, dann setzt der Murks ein. Es wird spannend zu sehen sein, welche Lösungen sich hier nun entwickeln und ob es wieder findige Ingenieure sind, die etwas auf die Beine stellen, was das Zeug zum Exportschlager hätte. Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat es dringend nötig.

Eine Statistik des Grauens

Viele Daten sind interpretationsfähig, die offiziellen Zahlen zur deutschen Industrieproduktion nicht. Diese lagen jüngst bei 88,5 Punkten und damit auf dem Niveau von 2006/2010. Fast 20 Jahre industrieller Niedergang mit zwischenzeitlichen Hochs (2008 bei 105 und 2018 bei 110 Punkten)! Dramatisch für eine Export-Nation, deren Hauptprodukte aus der Automobil- und Chemieindustrie sowie dem Maschinenbau stammen vor allem unter der Energiepolitik leiden, denn eine energieintensive Industrieproduktion ist nicht mehr möglich, der deutsche Sonderweg in der Energiepolitik fordert seine Opfer. Die Zahl der Industriejobs nimmt seit Jahren kontinuierlich ab, und der Trend wird kein Ende nehmen, solange hierzulande nicht wieder günstige und planbare Energie vorhanden ist. Sollte es diese wieder geben, ist noch ganz viel unternehmerischer Mut und Kapital erforderlich, um das Ruder herumzureißen. Absehbar ist das im November 2025 leider nicht. Die Politik tänzelt in anderen Sälen umher, weite Teile der Medien lassen liberal-wirtschaftspolitischen Sachverstand vermissen. Das Land wirkt in diesem Teilbereich immer rückständiger, Sanierungswille kaum erkennbar. Die Börse hat dies vorweggenom-

men – die Bewertungen von BASF, Bayer, Brenntag sowie die fast aller Autowerte liegen am Boden und das zu Recht. Die BASF beispielsweise reduziert den weltweit größten Verbundstandort in Ludwigshafen beständig und wird zahlenseitig ab 2026 wohl nur durch ihre chinesischen Werke reüssieren. Ach Ludwigshafen – eine Stadt, in der jüngst aufgrund der dortigen politischen Verhältnisse nur 24 % der Bevölkerung den neuen Oberbürgermeister gewählt haben. Ist Ludwigshafen das neue Detroit, die Stadt des Industrieverfalls in den USA in den Neunziger? Es ist nicht zu hoffen.

Und ab jetzt wird munter gespalten

Ist die Häutung das neue Konzept der Industrie, um dem Niedergang zu trotzen? Daimler etwa hat das schon immer gemacht, bei Siemens gehören Abspaltungen von Einheiten zum Geschäftsmodell und bescherten den Beteiligten in den vergangenen fünf Jahren mit Siemens Energie und Siemens Healthineers satte Gewinne. Selbst die stahlseitig marode Thyssen hat nun endlich reagiert, nicht nur in Duisburg, wo am 22. Oktober der letzte Abstich im Hochofen 9 stattfand. Emotional für die Stahlwerker vor Ort, industriell ein Zeichen der Endlichkeit, denn dieser Hochofen wird wohl nie wieder Stahl auskippen. Thyssen-Lenker Miguel López gibt Vollgas in der Sanierung des einst größten europäischen Stahlherstellers. So war die Abspaltung der Marinetochter TKMS ein voller Erfolg, die Aktie notiert bei € 81, die ersten Kurse nach dem Listing vom 20. Oktober betrugen € 70. Wer in den U-Boot-Bau investieren will, findet in TKMS ein schuldenfreies Unternehmen mit hohem Auftragsbestand vor, dessen Kennzahlen interessant sind. Der Zeitgeist ist ja wieder pro Rüstung, das einst geächtete Investmentgebiet erfreut sich hoher Beliebtheit. Und López will weitere Einheiten veräußern, so dass aus Thyssen-Krupp am Ende eine Holding übrigbleiben wird, wohl ohne Stahlbeteiligung (hier warten Inder schon) und vor allem ohne eigene Industriearbeitsplätze. Das ist schade fürs Land und den Arbeitsmarkt, doch betriebswirtschaftlich der einzige sinnvolle Weg, damit das Unternehmen langfristig überleben kann. Und damit vielleicht eine Blaupause für viele alte Unternehmen, deren industriellem Kern angeknackst ist.

Herzlichst Ihr